



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 11. Juli 2014

TOP 50: Situation und Perspektiven der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein (Drs. 18/1821 und 18/2027)

Birte Pauls:

Die Geburtshilfe konstruktiv weiterentwickeln

Es gibt kaum ein Thema, das so sensibel ist wie die Geburtshilfe. Eine im Leben ganz besonders prägende Situation. Im Normalfall ist die Geburt ein natürlicher Vorgang, der mit Krankheit erst einmal nichts zu tun hat. Vor, während und nach der Geburt begleiten sehr engagierte und erfahrene Hebammen mit viel Sachverstand und Herz die Frauen und ihre Kinder – Tag und Nacht. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Hebammen in unserem Land für ihre Arbeit und ihren Einsatz ganz herzlich bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch beim Sozialministerium für den Bericht. Er zeigt uns auf, wie es um die Geburtshilfe in Schleswig Holstein bestellt ist, und dass der demographische Wandel deutlichen Einfluss auf Entwicklungen in den verschiedenen Regionen hat. Zudem gibt es viele Besonderheiten in unserem Bundesland wie Inseln, Halligen und bewohnerarme Gebiete. Der Bericht bietet die Basis für eine konstruktive Weiterentwicklung der Geburtshilfe unter Berücksichtigung von Einwohnerzahlen, Entbindungszahlen, Strukturen und Entfernungen, aber auch von aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Unser Ziel ist es, dass die Frauen überall im Land die Möglichkeit für eine Geburtssituation haben, die die Sicherheit von Mutter und Kind in den Vordergrund stellt. Frauen mit einem erhöhten Risiko für Komplikationen, z.B. durch Vorerkrankungen, müssen rechtzeitig über die verschiedenen Angebote der medizinischen Versorgung aufgeklärt werden, also welche Entbindungsstation für sie die richtige wäre, damit die Sicherheit auch des Kindes gewährleistet

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

ist. Das bedeutet, dass nicht immer die nächste Entbindungsstation automatisch die Passende ist. Die vier Level der geburtshilflichen Angebote sollten verantwortungsvoll und rechtzeitig abgewogen werden. Dafür ist eine enge individuelle Begleitung und Beratung durch Hebammen und Gynäkologen ganz besonders vor der Entbindung unerlässlich.

In den urbanen Teilen unseres Landes ist das alles kein Problem. Aber in den Gebieten, in denen der Weg zur nächsten Geburtsstation weit ist, stehen wir vor besonderen Herausforderungen, die Sicherheit von Mutter und Kind zu organisieren. Gleichzeitig haben wir die Situation, dass einige Krankenhausträger Geburtsstationen schließen. Nicht immer geht es dabei um die Frage der Qualität, sondern leider oft auch um die Frage der Kosten.

Die geplante Schließung der Geburtsstation in Oldenburg durch den Sana-Konzern zeigt uns das deutlich. Wir kritisieren dieses Vorgehen und können Sana leider nur auffordern, die Schließung jedenfalls solange zu verschieben, bis ein wirklich tragfähiges Notfallkonzept entwickelt und vor allem abgesichert ist. Der Kreis Ostholstein ist diesbezüglich in der Verantwortung. Wir nehmen den Geschäftsführer der Sana-Kliniken Ostholstein, Dr. Puke, beim Wort, dass das Boarding-Angebot in der Eutiner Klinik so angenehm wie möglich gestaltet wird. Diese ganze Situation macht uns deutlich, dass man bei Verkaufsverträgen sehr auf die verschiedenen Feinheiten achten muss. Aber es ist gut, dass sich jetzt so viele Menschen engagieren und um eine tragfähige Lösung kämpfen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir den Blick nach vorne richten.

Wir haben uns sehr intensiv mit der Situation beschäftigt, alle Möglichkeiten ausgelotet. Es sind viele Gespräche vor Ort geführt worden und wir machen es uns nicht einfach. Weder das Ministerium, wir aus dem zuständigen Arbeitskreis, noch Lars Winter als örtlicher Abgeordneter.

Die Forderung nach einem Sicherstellungszuschlag steht im Raum. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Bedingungen dafür an dieser Stelle, zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben sind. Allerdings bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Sicherstellungszuschlag so organisiert werden kann, dass die Versorgung in der Geburtshilfe, aber auch in der Kinderkliniken trotz sinkender Fallzahlen vorgehalten werden kann. Das darf nach unserer Meinung nicht zu Lasten anderer Abteilungen gehen. So ist ein Sicherstellungszuschlag aber heute organisiert.

Außerdem bitten wir die Landesregierung, die im Bericht skizzierten Netzwerkstrukturen besonders in Nordfriesland und Ostholstein voranzutreiben. Dazu sollen neben den Vertretern vor Ort aus der Geburtshilfe und Kommune u.a. externe Experten beteiligt werden. Wenn es neue wissenschaftliche Erkenntnisse gibt und diese von der deutschen Fachgesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe übernommen werden, sollen diese natürlich dabei eine Grundlage bilden.

Gleichzeitig begrüßen wir sehr, dass die Landesregierung sich federführend auf Bundesebene für eine verbesserte Situation der Hebammen einsetzt. Unsere Gespräche letzte Woche in Berlin zum Thema Berufshaftpflichtversicherungen waren mehr als aufschlussreich. Denn was nutzt die beste Infrastruktur, wenn wir keine Hebammen mehr haben.

Der vorliegende Antrag der FDP ist Populismus pur. Von einer Partei, die einen ehemaligen Gesundheitsminister in den eigenen Reihen hat, hätte ich mehr Verantwortungsgefühl in der Sache erwartet statt vermeintlich positiver Überschriften. Deshalb freut es mich sehr, dass sich alle anderen Parteien um einen gemeinsamen Antrag bemüht haben, der den Blick nach vorne richtet und die Geburtshilfe in unserem Land als Ganzes betrachtet.